

Kongress
**Sichere Häfen. Leinen los für
kommunale Aufnahme**

Donnerstag, 13. und Freitag, 14. Juni 2019
Rotes Rathaus, Rathausstraße 15, 10178 Berlin

Unter Schirmherrschaft von:



Der Regierende Bürgermeister
von Berlin

In Kooperation mit:



TAG 1: DONNERSTAG, 13. Juni

13.30 Uhr **Anmeldung**

14.00 Uhr **Begrüßung und Eröffnung Kongress**
Michael Müller, Regierender Bürgermeister Land Berlin
SEEBRÜCKE

Grußwort Sichere Häfen in Europa
Luigi de Magistris, Bürgermeister Neapel

14.30 Uhr **Impulsvortrag: Wie „Sichere Häfen“ den Flüchtlingsschutz verbessern können**

Helene Heuser, Juristin und Wissenschaftlerin, Forschungsprojekt "Städte der Zuflucht", Universität Hamburg

Das aktuelle Flüchtlingsrecht weist gravierende Schutzlücken auf. Es fehlen legale und sichere Zugänge zum Schutz. Zahlreiche Städte und Gemeinden möchten mit der Bewegung der Seebrücke "Sichere Häfen" schaffen und Schutzsuchende aufnehmen. Doch dürfen sie das überhaupt? In welchem Rechtsrahmen bewegen sich deutsche Städte und Gemeinden, die zu "Sicheren Häfen" werden wollen? Welche rechtlichen Handlungsspielräume haben sie? Der Vortrag analysiert, wo die Bewegung nach einem Jahr steht und welche nächsten Schritte sie gehen kann.

15.15 Uhr **Impulsvortrag: Sichere Fluchtwege und sicheres Ankommen**
Diana Gonzalez Olivo, Vorsitzende des Migrantenbeirates Potsdam
Cyprian Ajang Ngeme, African Visions Potsdam

In der Debatte um Sichere Häfen geht es um die Aufnahme von Menschen. Es ist zentral, ihre Perspektiven zu hören und die politischen Forderungen der Schutzsuchenden ernst zu nehmen. In dem Vortrag werden die Forderungen von geflüchteten Personen an die Kommunen gerichtet.

15.45 Uhr **Pause**

16.00 Uhr **Podiumsdiskussion: Chancen und Hindernisse für die Aufnahme von Geflüchteten**

Mike Schubert, Oberbürgermeister Landeshauptstadt Potsdam

Dr. Dennis Khakzad, Referent, Asylrecht und Asylverfahren,
Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Günter Burkhardt, Pro Asyl

Liza Pflaum, SEEBRÜCKE

Moderation: Julia Duchrow, Amnesty International

Innerhalb eines Jahres haben sich über 50 Kommunen zu Sicheren Häfen erklärt. Angesichts einer erstarkenden AFD ist dies ein wichtiges politisches Zeichen. Bundesinnenminister Seehofer blockiert allerdings bisher die Aufnahme von zusätzlichen Menschen, die aus Seenot gerettet wurden. Auf dem Podium diskutieren Vertreter*innen aus Sicheren Häfen und der Zivilgesellschaft mit dem Bundesinnenministerium politische und rechtliche Hindernisse. Sie zeigen aber auch auf, welche Chancen es gibt, um der humanitären Katastrophe im Mittelmeer ein Ende zu bereiten.

17.15 Uhr **Empfang mit einleitenden Grußworten**
Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland
Ramona Pop, Bürgermeisterin Land Berlin

TAG 2: FREITAG, 14. Juni

- 09.00 Uhr **Öffentliche Gründung des Bündnisses „Städte Sicherer Häfen“ mit anschließendem Pressegespräch**
Ursula Löbel, Landeshauptstadt Potsdam, Leitung Bereich Partizipation und Tolerantes Potsdam und Stephan Neher, CDU, Oberbürgermeister Rottenburg am Neckar
mit Michel Brandt, MdB DIE LINKE; Luise Amtsberg, MdB BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Hilde Mattheis, MdB SPD und SEEBRÜCKE
- 09.30 Uhr **Einführung zu 4 parallelen Workshops:**
- 09.45 Uhr **WS I: Rechtliche Möglichkeiten zur proaktiven Flüchtlingsaufnahme von Städten und Gemeinden**
Helene Heuser, Juristin und Wissenschaftlerin, Universität Hamburg
Im Mehrebenensystem haben Kommunen, Länder, Bund, EU und UN unterschiedliche rechtliche Möglichkeiten Flüchtlingspolitik zu betreiben. Kommunen nehmen in der föderalistisch organisierten Bundesrepublik Deutschland eine doppelte Stellung ein: Sie verfügen einerseits über ein kommunales Selbstbestimmungsrecht und sind andererseits Teil des Verwaltungsaufbaus der Länder. Über beide Stellungen können sie Einfluss auf die zusätzliche Aufnahme von Schutzsuchenden ausüben. In dem Workshop werden die Handlungsspielräume von Kommunen erarbeitet, sich für eine humanere Flüchtlingspolitik einzusetzen.
- WS II: Wie können Kommunen auf Bundesebene Druck ausüben? Politische Handlungsoptionen auf unterschiedlichen Ebenen**
Luise Amtsberg, flüchtlingspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Parlamentsgruppe Seenotrettung
In dem Workshop werden politische Handlungsoptionen auf unterschiedlichen Ebenen, wie z.B. eine mögliche Bundesratsinitiative, erörtert. Außerdem wird diskutiert, wie Kommunen den politischen Druck auf Bundesebene erhöhen können.
- WS III: Aufnahme und Inklusion von Geflüchteten als gemeinsame kommunale Entwicklung**
Malisa Zobel, Humboldt-Viadrina Governance Platform
Zahlreiche Kommunen haben ihre Bereitschaft zur freiwilligen Aufnahme von Geflüchteten – auch über den Königsteiner Verteilungsschlüssel hinaus – erklärt. Damit die freiwillige Aufnahme und Integration von Geflüchteten gelingt und diese nicht nur als Belastung, sondern auch als Chance für die Entwicklung einer Kommune wahrgenommen wird, bedarf es jedoch guter Konzepte. Im Workshop soll ein Konzept vorgestellt werden, welches durch die Einbindung aller wichtiger Akteursgruppen in der Stadt, die Legitimität der Aufnahmeentscheidung erhöhen kann.
- WS IV: Aktive Unterstützung der Seenotrettung**
Ruben Neugebauer und Sophie Scheytt, Sea-Watch;
Dietmar Köster, MdEP SPD
Eine Grundvoraussetzung für die Aufnahme in Sichere Häfen ist, dass im Mittelmeer Schiffe Menschenleben retten können. Dafür muss die Kriminalisierung ziviler Seenotretter*innen beendet und die Arbeit der Organisationen aktiv unterstützt werden. Sea-Watch berichtet aus ihrer

Erfahrung und zeigt auf, wie Kommunen einen aktiven Beitrag zur (zivilen) Seenotrettung leisten können.

11.00 Uhr **Pause**

11.30 Uhr **Vorstellung Ergebnisse Workshops**

12.20 Uhr **Abschluss und nächste Schritte**
Klaus Lederer, Bürgermeister Land Berlin
SEEBRÜCKE

13.00 Uhr **Ende**